



Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen
Landesverband Hamburg-Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24105 Kiel
Für Rückfragen: Detlef Mielke Tel.: 0163 373 2014, Email: oldesloe@dfg-vk.de

Kiel, 04.01.2022

Sehr geehrter Herr Baasch,

als Mitglied im Europaausschuß des Landtages bitten wir Sie hiermit erneut, dafür zu sorgen, dass der schleswig-holsteinische Landtag dem Antrag der Landtagsfraktion der SPD zustimmt, dass sich das Land Schleswig-Holstein dafür einsetzt, dass die Bundesregierung den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterschreibt und ratifiziert.

Wir beziehen uns auf unser Schreiben vom 2. März 2021, das wir als Anlage beifügen.

Denn der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) hat die weitere Aufrüstung von Atomwaffen nicht verhindert.

Die Bundesrepublik Deutschland ist 1970 dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen- Treaty of the Non-Proliferation of Nuclear Weapons – NP, auch Atomwaffensperrvertrag genannt, beigetreten. Damit ist sie die Verpflichtung eingegangen, sich für atomare Abrüstung einzusetzen. Stattdessen ist sie über die nukleare Teilhabe an US-amerikanischen Atomwaffen an deren Modernisierung und Aufrüstung beteiligt. Für den Atombombenträger Tornado IDS soll die Bundeswehr mit einem neuen Atombombenträger aufgerüstet werden. Atomar aufzurüsten, um die Teilhabe an den US-amerikanischen Atombomben aufrecht erhalten zu können, ist ein Verstoß gegen den Artikel VI des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der auch verbietet, Atomwaffen anderer Staaten zu stationieren und die atomare Teilhabe aufrecht zu erhalten.

Nicht nur die USA, auch Russland, China und andere Atommächte rüsten auf, indem sie Atomwaffen modernisieren, regional begrenzte Atomkriege in ihre militärischen Planungen einbeziehen und neue Trägersysteme für Atomwaffen herstellen. Damit verkehren sie ihre Verpflichtungen nach Artikel VI des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ins Gegenteil und bedrohen diejenigen, die auf Atomwaffen verzichten. Wenn die Atomwaffen zum Einsatz kommen, sind sie existentiell vernichtend für die gesamte Menschheit.

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag bekräftigt den Nichtverbreitungsvertrag von Kernwaffen und ist ein geeignetes Mittel, um die Forschung an Atomwaffen, ihre Entwicklung, Herstellung, die Androhung und vorallem sie tatsächlich auch einzusetzen, endgültig zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen



Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen
Landesverband Hamburg-Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24105 Kiel
Für Rückfragen: Detlef Mielke Tel.: **0163 373 2014**, Email: oldesloe@dfg-vk.de

An die Abgeordneten des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Wolfgang Baasch (SPD), Vorsitzender

Peter Lehnert (CDU), stv. Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Tobias von der Heide (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Eka von Kalben (B90/GRÜNE)

Bernhard Voß (B90/GRÜNE)

Stephan Holowaty (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Zum Antrag der Fraktionen der SPD zum Atomwaffenverbotsvertrag

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Europaausschusses,

wir bitten Sie, diesen Antrag zu unterstützen und sich für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen.

Wenn Parlamentarier den Willen der Bevölkerung vertreten sollen, müssten sie den UN-Atomwaffenverbotsvertrag bedingungslos unterschreiben. 93 % der Bundesbürger haben bei einer Umfrage 2016 mitgeteilt, dass sie für ein Atomwaffenverbot sind. Die Zustimmung zum Atomwaffenverbot lag damit noch höher als in Australien (84%), den Niederlanden (85%), Norwegen (77%) und Schweden (81%).

Im Vertragstext des UN-Atomwaffenverbotsvertrages steht nichts, was nicht von der Bundesregierung unterschrieben werden könnte.

Als Mitglieder des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages bitten wir Sie, dafür zu sorgen, dass das Land Schleswig-Holstein über den Bundesrat Einfluss auf die Bundesregierung nimmt. Die Bundesrepublik Deutschland muss den UN-Atomwaffenverbotsvertrag ratifizieren und an der Vertragsstaatenkonferenz der Unterzeichnerländer mitarbeiten. Diese Vertragsstaatenkonferenz der Unterzeichnerländer ist das Forum, in denen die Bundesrepublik Deutschland einbringen kann, wie sie den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt mitgestalten will.

Ausser den Niederlanden hat kein NATO-Staat an den Verhandlungen zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag teilgenommen. Auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht. Deshalb ist eine Kritik des Vertragstextes im Detail und im Nachhinein unangemessen.

Der Iran und Saudi-Arabien, Staaten, denen Bestrebungen zum Besitz von Atomwaffen unterstellt werden, haben an den Verhandlungen zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag teilgenommen und auch in der UNO für den Vertrag gestimmt.

Es heißt im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vom März 2018: „*Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein. Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.*“

- Von der Bundesregierung wird behauptet, der UN-Atomwaffenverbotsvertrag stünde im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag

Richtig ist, dass der UN-Atomwaffenverbotsvertrag den Atomwaffensperrvertrag widerspruchsfrei ergänzt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat dieses in seiner Studie ausführlich belegt.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/814856/28b27e2d04faabd4a4bc0bfd0579658c/WD-2-111-20-pdf-data.pdf>

Eine verifizierbare Abrüstung ist durch den Atomwaffensperrvertrag nicht gegeben, da die Atommächte Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan ihm gar nicht angehören. Damit ist der bestehende Atomwaffensperrvertrag kein wirksames Instrument für vollständige atomare Abrüstung. Er ist eher dazu geeignet, das Monopol der ersten fünf Atommächte zu bewahren. Atomare Abrüstung ist über ihn nur eingeschränkt möglich.

- In der Landtagsdiskussion fiel das Argument, mit der Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages stelle sich die Bundesrepublik Deutschland gegen die NATO.

Richtig ist, dass mehrere NATO-Staaten den in Artikel 1 des UN-Atomwaffenverbotsvertrages genannten Verpflichtungen schon lange wie selbstverständlich nachkommen, ohne dass sie deswegen nicht mehr in der NATO mitarbeiten. So sind Kanada und Griechenland bereits aus der Stationierung von Atomwaffen ausgestiegen. Die NATO-Staaten Spanien, Litauen, Norwegen, Dänemark und Island verbieten den Transit und die Stationierung von Atomwaffen. Sie sind dennoch vollständige Mitglieder der NATO.

Außer dem Friedensnobelpreisträger ICAN setzen sich auch das Internationale Rote Kreuz und die Internationale Halbmondbewegung für den UN-Atomwaffenverbotsvertrag ein.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag hatte bereits 2017 die Beteiligung an den Verhandlungen zu dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag gefordert.

Tausende Wissenschaftler aus der ganzen Welt unterzeichneten einen offenen Brief zur Unterstützung der Verhandlungen zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.

Selbst ehemalige NATO-Generalsekretäre und ehemalige Außenminister der NATO-Staaten fordern in einem Offenen Brief auf, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Diesen Offenen Brief legen wir bei.

Wir hoffen, dass Sie sich an die Seite der Bevölkerungsmehrheit und derjenigen Wissenschaftler*innen und Politiker*innen stellen, die Atomwaffen und die Militärstrategie der nuklearen Abschreckung als Bedrohung für die Lebensgrundlagen der Menschheit betrachten und an der Abschaffung der Atomwaffen mitwirken.

Die Fraktion der SPD hat im Landtag folgenden Antrag gestellt, der jetzt in an Ihren Ausschuss verwiesen worden ist und dort behandelt werden soll: Wir bitten Sie, als ersten Schritt diesen Antrag zu unterstützen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Für eine atomwaffenfreie Welt!

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen.

Begründung

Auch mehr als 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern weltweit mehrere tausend Atomwaffensprengköpfe in den Arsenalen der Atommächte. Diese Waffen stellen weltweit nach wie vor eine immense Bedrohung für die Gesundheit und das Leben von Menschen dar. Jeder Gebrauch von Atomwaffen hätte katastrophale humanitäre Auswirkungen.

Im Juli 2017 wurde der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit breiter Mehrheit verabschiedet. Er trat am 22. Januar 2021 nach Ratifizierung durch mittlerweile 51 Länder in Kraft. Der Vertrag verbietet die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, die Lagerung und den Transport, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen

sowie die Drohung mit ihnen. Deutschland hat den UN-Atomwaffenverbotsvertrag bisher nicht unterzeichnet.

Mit Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg haben bereits vier Länderparlamente beschlossen, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen bzw. die Bundesregierung aufzufordern, ihm beizutreten.

Dr. Ralf Stegner und Fraktion“

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ralf Cüppers

Offener Brief für das UN-Atomwaffenverbot von Javier Solana, Willy Claes (ehemalige NATO-Generalsekretäre), Ban Ki-moon (ehem. UN-Generalsekretär), und 53 weiteren ehemaligen Staats- und Regierungschefs sowie Außen- und Verteidigungsministern aus NATO-Staaten, Japan und Südkorea.

Die Coronavirus-Pandemie hat deutlich gemacht, dass eine verstärkte internationale Zusammenarbeit dringend erforderlich ist, um Bedrohungen für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschheit anzugehen. Unter diesen Bedrohungen bleibt die Gefahr eines Atomkrieges von größter Bedeutung. Das Risiko einer Atomwaffendetonation heute - ob durch einen Unfall, Fehleinschätzung oder Absicht - nimmt augenscheinlich zu, da neue Arten von Atomwaffen entwickelt wurden, langjährige Rüstungskontrollabkommen aufgekündigt sind und die Gefahr von Cyberangriffen auf nukleare Infrastruktur sehr real geworden ist. Wir sollten die Warnungen von Wissenschaftlern, Ärzten und anderen Experten ernst nehmen. Wir dürfen nicht in eine Krise von noch größerem Ausmaß schlafwandeln als jene, die wir in diesem Jahr bereits erlebt haben.

Es ist nicht schwer vorauszusehen, wie krieglerische Rhetorik und schlechtes Urteilsvermögen der Politiker in nuklear bewaffneten Nationen zu einem Unglück führen könnten, das alle Länder und Völker in Mitleidenschaft zieht. Als frühere Staatenlenker, Außenminister und Verteidigungsminister von Albanien, Belgien, Kanada, Kroatien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Island, Italien, Japan, Lettland, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Portugal, der Slowakei, Slowenien, Südkorea, Spanien und der Türkei - alles Länder, die den Schutz der Atomwaffen eines Verbündeten in Anspruch nehmen - appellieren wir an die derzeitigen Staats- und Regierungschefs, die nukleare Abrüstung voranzutreiben, bevor es zu spät ist. Ein offensichtlicher Ausgangspunkt wäre die uneingeschränkte Erklärung, dass Atomwaffen angesichts der katastrophalen Folgen ihres Einsatzes für Mensch und Umwelt keinen legitimen militärischen oder strategischen Zweck erfüllen. Mit anderen Worten, unsere Länder sollten jede Rolle von Atomwaffen in unserer Verteidigung ablehnen.

Indem wir den Schutz vor Atomwaffen in Anspruch nehmen, fördern wir den gefährlichen Irrglauben, dass Atomwaffen Sicherheit bringen. Anstatt Fortschritte in Richtung einer Welt ohne Atomwaffen zu ermöglichen, behindern wir sie und verstetigen nukleare Gefahren - alles aus der Angst heraus, unsere Verbündeten, die an diesen

Massenvernichtungswaffen festhalten, zu kränken. Aber in einer Freundschaft können und müssen wir unsere Stimme erheben, wenn Freunde rücksichtsloses Verhalten an den Tag legen, das unsere und ihre eigenen Leben gefährdet. Ohne Zweifel ist ein neues nukleares Wettrüsten im Gange, obwohl ein Rennen um Abrüstung dringend erforderlich wäre. Es ist Zeit, die Ära unserer Abhängigkeit von Atomwaffen endgültig zu beenden. Im Jahr 2017 haben 122 Länder einen mutigen, aber längst überfälligen Schritt in diese Richtung getan, indem sie den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen verabschiedet haben - ein wegweisendes globales Abkommen, das Atomwaffen auf die gleiche rechtliche Grundlage stellt wie chemische und biologische Massenvernichtungswaffen und einen Rahmen dafür schafft, sie nachweislich und irreversibel abzurüsten. Mit seinem baldigen Inkrafttreten wird es rechtsverbindliches Völkerrecht. Bisher haben unsere Länder entschieden, sich nicht dieser globalen Mehrheit anzuschließen, die diesen Vertrag unterstützt. Aber unsere Entscheidungsträger sollten ihre Positionen überdenken. Wir können es uns nicht leisten, angesichts dieser existenziellen Bedrohung für die Menschheit zu zögern. Wir müssen Mut zeigen - und uns dem Vertrag anschließen. Als Vertragsstaaten können wir in Allianzen mit nuklear bewaffneten Staaten verbleiben, da dies weder im Vertrag selbst noch in unseren jeweiligen Verteidigungsbündnissen ausgeschlossen ist. Aber wir wären rechtlich verpflichtet, unseren Verbündeten nicht dabei zu helfen oder sie zu ermutigen, Atomwaffen einzusetzen, ihren Einsatz anzudrohen oder sie zu besitzen. Angesichts der überwältigenden Unterstützung der Bevölkerung für nukleare Abrüstung wäre dies ein unumstrittener und vielgelobter Schritt.

Der Verbotsvertrag ist eine wichtige Stärkung des vor einem halben Jahrhundert angenommenen Nichtverbreitungsvertrags (NVV), der die Verbreitung von Atomwaffen zwar bemerkenswert erfolgreich eindämmt, jedoch kein universelles Tabu gegen den Besitz von Atomwaffen etabliert hat. Die fünf Atomwaffenstaaten, die zum Zeitpunkt der Verhandlungen über den NVV über Atomwaffen verfügten - die Vereinigten Staaten, Russland, Großbritannien, Frankreich und China - sehen dies offenbar als Lizenz an, ihre Massenvernichtungswaffen auf ewig zu behalten. Anstatt abzurüsten, investieren sie massiv in die Modernisierung ihrer Arsenale. Dies ist offenkundig inakzeptabel.

Der 2017 verabschiedete Verbotsvertrag kann dazu beitragen, Jahrzehnte der Lähmung in der Abrüstung zu beenden. Er ist ein Hoffnungsschimmer in einer dunklen Zeit. Er ermöglicht den Ländern, sich einer unmissverständlichen multilateralen Norm gegen Atomwaffen anzuschließen und internationalen Handlungsdruck aufzubauen. Wie die Präambel anerkennt, „überschreiten die Auswirkungen von Atomwaffen nationale Grenzen, haben gravierende Auswirkungen auf den Fortbestand der Menschheit, die Umwelt, die sozioökonomische Entwicklung, die Weltwirtschaft, die Ernährungssicherheit und die Gesundheit heutiger und künftiger Generationen und wirken sich unverhältnismäßig stark auf Frauen und Mädchen aus, auch infolge ionisierender Strahlung“.

Mit fast 14.000 Atomwaffen an Dutzenden von Orten weltweit und U-Booten, die zu jeder Zeit die Ozeane patrouillieren, ist das Zerstörungspotential weit jenseits unserer Vorstellungskraft. Alle verantwortlichen Entscheidungsträger müssen jetzt handeln, um sicherzustellen, dass sich die Schrecken von 1945 niemals wiederholen. Früher oder später wird unser Glück uns verlassen - wenn wir nicht handeln. Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen bildet die Grundlage für eine sicherere Welt, die frei von dieser ultimativen Bedrohung ist. Wir müssen uns dem Verbot zuwenden und daran arbeiten, andere dafür zu gewinnen. Es gibt keine Heilung für den Atomkrieg. Prävention ist unsere einzige Chance.

Unterzeichner:

Lloyd Axworthy, ehemaliger Außenminister, Kanada
Ban Ki-moon, ehemaliger UN-Generalsekretär und Außenminister, Südkorea
Jean-Jacques Blais, ehemaliger Verteidigungsminister, Kanada
Kjell Magne Bondevik, ehemaliger Premierminister und Außenminister, Norwegen
Ylli Bufi, ehemaliger Premierminister, Albanien
Jean Chrétien, ehemaliger Premierminister, Kanada
Willy Claes, ehemaliger NATO-Generalsekretär und Außenminister, Belgien
Erik Derycke, ehemaliger Außenminister, Belgien
Joschka Fischer, ehemaliger Außenminister, Deutschland
Franco Frattini, ehemaliger Außenminister, Italien
Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, ehemalige Außenministerin, Island
Bjørn Tore Godal, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Norwegen
Bill Graham, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Kanada
Hatoyama Yukio, ehemaliger Premierminister, Japan
Thorbjørn Jagland, ehemaliger Premierminister und Außenminister, Norwegen
Ljubica Jelusić, ehemalige Verteidigungsministerin, Slowenien
Tālavš Jundzis, ehemaliger Verteidigungsminister, Lettland
Jan Kavan, ehemaliger Außenminister, Tschechien
Alojz Krapež, ehemaliger Verteidigungsminister, Slowenien
Ģirts Valdis Kristovskis, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Lettland
Aleksander Kwaśniewski, ehemaliger Präsident, Polen
Yves Leterme, ehemaliger Premierminister und Außenminister, Belgien
Enrico Letta, ehemaliger Premierminister, Italien
Eldbjørg Løwer, ehemalige Verteidigungsministerin, Norwegen
Mogens Lykketoft, ehemaliger Außenminister, Dänemark
John McCallum, ehemaliger Verteidigungsminister, Kanada
John Manley, ehemaliger Außenminister, Kanada
Rexhep Meidani, ehemaliger Präsident, Albanien
Zdravko Mršić, ehemaliger Außenminister, Kroatien
Linda Murniece, ehemalige Verteidigungsministerin, Lettland
Fatos Nano, ehemaliger Premierminister, Albanien
Holger K. Nielsen, ehemaliger Außenminister, Dänemark
Andrzej Olechowski, ehemaliger Außenminister, Polen
Kjeld Olesen, ehemaliger Außenminister und Verteidigungsminister, Dänemark
Ana Palacio, ehemalige Außenministerin, Spanien
Theodoros Pangalos, ehemaliger Außenminister, Griechenland
Jan Pronk, ehemaliger Verteidigungsminister (ad interim), Niederlande
Vesna Pusić, ehemalige Außenministerin, Kroatien
Dariusz Rosati, ehemaliger Außenminister, Polen
Rudolf Scharping, ehemaliger Verteidigungsminister, Deutschland
Juraj Schenk, ehemaliger Außenminister, Slowakei
Nuno Severiano Teixeira, ehemaliger Verteidigungsminister, Portugal
Jóhanna Sigurðardóttir, ehemalige Premierministerin, Island
Össur Skarphéðinsson, ehemaliger Außenminister, Island
Javier Solana, ehemaliger NATO-Generalsekretär und Außenminister, Spanien
Anne-Grete Strøm-Erichsen, ehemalige Verteidigungsministerin, Norwegen
Hanna Suchocka, ehemalige Premierministerin, Polen
Szekeres Imre, ehemaliger Verteidigungsminister, Ungarn
Tanaka Makiko, ehemaliger Außenminister, Japan
Tanaka Naoki, ehemaliger Verteidigungsminister, Japan
Danilo Türk, ehemaliger Präsident, Slowenien
Hikmet Sami Türk, ehemaliger Verteidigungsminister, Türkei
John N. Turner, ehemaliger Premierminister, Kanada
Guy Verhofstadt, ehemaliger Premierminister, Belgien
Knut Vollebæk, ehemaliger Außenminister, Norwegen
Carlos Westendorp y Cabeza, ehemaliger Außenminister, Spanien